

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Mittwoch, 15. September 2010 21:25

An: bettina.klinger@diakonie.at; ruth.schoeffl@caritas-wien.at; office@sosmitmensch.at; daniela.musiol@parlament.gv.at; presse@gruene.at; gabriele.binder-maier@parlament.gv.at; nikolaus.prinz@parlament.gv.at; ridi.steibl@stvp.at; guenter.danhel@ief.at

Betreff: Kinder als Schlüssel der österreichischen Politik: Familienbericht, Kundgebung "Machen wir uns stark" am 18.09.2010/18.00 Uhr/Heldenplatz

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

ÜBERSICHT

[KINDERBETREUUNG ALS SCHLÜSSELFRAGE ÖSTERREICHISCHER FAMILIENPOLITIK - FAMILIENAUSSCHUSS DISKUTIERT LAGE DER ÖSTERREICHISCHEN FAMILIEN](#)

[FORTSETZUNG DES BUNDESZUSCHUSSES ZUM AUSBAU DER KINDERBETREUUNG](#)

[ANTRAG DER ABGEORDNETEN MAG. DANIELA MUSIOL, KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN BETREFFEND FORTSETZUNG DES BUNDESZUSCHUSSES ZUM AUSBAU DER KINDERBETREUUNG VOLLTEXT/DOKUMENTE](#)

[Kurzfassung](#)

[Personen/Organisationen](#)

[Geschichte/Parlamentarisches Verfahren](#)

[Musiol: Vertagungspraxis von ÖVP und SPÖ schadet Familien](#)

[Binder-Maier: Österreichische Familienpolitik an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen](#)

[Nikolaus Prinz: 5. Familienbericht gewährt wertvolle Einblicke in Institution](#)

[Ridi Steibl: Der aktuelle Familienbericht zeigt - es hat sich viel getan!](#)

[FAMILIENBERICHT: "ES FEHLT DER ROTE FADEN" - LEITER DES "INSTITUTS FÜR EHE UND FAMILIE", DANHEL VERMISST U.A. "ECHTEN FAMILIENLEISTUNGS-AUSGLEICH", BERÜCKSICHTIGUNG DES GENERATIVEN BEITRAGS ZUM GENERATIONENVERTRAG UND DES STEUERFREIEN EXISTENZMINIMUMS FÜR ALLE FAMILIENMITGLIEDER](#)

[Marek: Absicherung von Familienleistungen im Budget](#)

[Experte: Hohe soziale Vererbbarkeit von Armut](#)

[Weiterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen](#)

[CARITAS UND DIAKONIE UNTERSTÜTZEN "MACHEN WIR UNS STARK"-](#)

KUNDGEBUNG - JETZT IN KINDER UND BILDUNG INVESTIEREN!

IMPRESSUM UND HINWEISE

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Kinder als Schlüsselfrage österreichischer Familienpolitik - Familienausschuss diskutiert Lage der österreichischen Familien

Wien (PK) - Daten und Fakten des 5. Österreichischen Familienberichts ([III-157 d.B.](#)) bildeten im heutigen [Familienausschuss](#) Grundlage für Diskussionen über die Zukunft der österreichischen Gesellschaft und die Richtung, welche die Familienpolitik in Zukunft nehmen werde.

Staatssekretärin Christine Marek entnahm dem Bericht, dass zahlreiche Erfolge bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erzielt worden seien, etwa durch das Kinderbetreuungsgeld, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, die Einführung der dreizehnten Familienbeihilfe und durch Kinderzuschläge beim Alleinverdienerabsetzbetrag. Man habe ein Mehr an Kinderbetreuungseinrichtungen erreicht, sei hier aber noch nicht am Ziel, vor allem, was die Betreuung der unter Dreijährigen betreffe. Ein Schwerpunkt der Familienpolitik bleibe die Unterstützung der Familien in allen Lebenslagen, insbesondere in Krisensituationen. Die Gesetze zur Bekämpfung von Gewalt in der Familie hätte eine wichtige Signalwirkung für einen Bewusstseinswandel gehabt.

Marek sah insgesamt eine erfolgreiche familienpolitische Bilanz, aber auch noch zahlreiche Herausforderungen an die Politik der nächsten Jahre. So sei eine Steigerung der Geburtenrate noch nicht erreicht worden. Die Absicherung der Finanzierbarkeit der Familienleistungen in ihrem gesamten Leistungsspektrum werde im Rahmen der Budgeterstellung noch intensiv zu debattieren sein.

Die ExpertInnenrunde eröffnete **Martina Beham (Johannes Kepler Universität Linz)**, die vor allem die Ergebnisse des Berichts zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf präsentierte. In beiden Bereichen würden Veränderungen stattfinden, die aber nicht aufeinander abgestimmt seien, was neue Spannungsfelder schaffe. Die Aufweichung der Normalarbeitszeitverhältnisse betreffe vor allem Frauen, meinte Beham, gleichzeitig blieben aber traditionelle Erwerbsmuster bestehen. Das schränke insgesamt die Planbarkeit von Familiengründungen ein. Das Armutsrisiko sei außerdem für AlleinerzieherInnen besonders hoch.

In Österreich vollziehe sich ein massiver demographischer Wandel, für 2050 rechne man etwa mit mehr als einer Million über Achtzigjährigen. Man müsse überlegen, wie der öffentliche Bereich private Pflege besser unterstützen könne. Auch die schulischen Strukturen seien nicht mehr auf die veränderten Realitäten von Beruf und Familie abgestimmt. Der Bildungsabschluss sei in Österreich noch immer sehr stark von den elterlichen Ressourcen abhängig, hier müsse mehr Chancengleichheit hergestellt werden.

Rainer Münz (Erste Group Bank AG) merkte an, Familie sei heute eine Lebensform, keine Wirtschaftsform mehr. Der Bevölkerungszuwachs finde heute durch Zuwanderung statt, ein Kinderwunsch sei aber nicht mehr selbstverständlich realisierbar. Es gebe zahlreiche Singlehaushalte und etwa ein Viertel der Kinder lebten heute in Alleinerzieherhaushalten. In Österreich gebe es eine starke Umverteilung durch Sozialleistungen für Familien, die durchschnittliche Kinderzahl sei aber unverändert geblieben. Ein zentrales Ergebnis der durchgeführten Studien sei daher, dass Transferleistungen und Kinderzahl nicht miteinander korrelieren. Hingegen weisen Länder mit einer höheren Zahl erwerbstätiger Frauen eine höhere durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf.

Winfried Moser (Österreichisches Institut für Kinderrechte & Elternbildung) meinte, dass der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen weitergehen müsse. Kindergärten entwickeln sich immer mehr hin zu wichtigen Bildungsinstitutionen zur Herstellung von Chancengleichheit. Die pädagogische Qualität in der Kinderbetreuung sei daher von zentraler Bedeutung. Zunehmend werden Kinder als Zukunftsressource begriffen, in die zu investieren sich lohne, doch brauche das entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen. Nach wie vor fehlten 45.000 Kinderbetreuungsplätze. Einen wesentlichen Grund dafür, dass in Österreich der Kinderwunsch so niedrig wie in keinem anderen Land sei und oft auch nicht realisiert werde, ist laut Moser die schlechte Abstimmung der familienpolitischen Maßnahmen aufeinander.

Martina Pecher (Pecher Consulting GmbH) präsentierte die Ergebnisse von Studien, die vor allem Vereinbarkeit von Familien und Beruf mit dem Fokus auf KMU untersuchten. Familienfreundliche Maßnahmen werden bereits von vielen Betrieben zur Erhöhung der Motivation und Zufriedenheit der MitarbeiterInnen umgesetzt und werden als Wettbewerbsvorteil begriffen.

Herbert Vonach (Freiheitlicher Familienverband Österreich) sah eine Einseitigkeit im Familienbericht insofern, als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur am Modell der Vollzeitbeschäftigung und eines möglichst raschen Wiedereinstiegs von Müttern ins Berufsleben gemessen werde. Eine Mehrheit der Frauen würde sich aber ein Modell der Kinderpausen wünschen. Vonach konstatierte eine Diskriminierung von Müttern, die ihre Kinder selber betreuen.

Alois Guger (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) bewertete die Verteilungseffekte der österreichischen Familienpolitik als sehr ausgeprägt. Alle direkten und indirekten Familienausgaben würden zusammen etwa 19 % aller Sozialausgaben ausmachen. Familienpolitik habe damit einen hohen vertikalen Umverteilungseffekt und sei ein wesentlicher Faktor der Armutsbekämpfung. Trotzdem sei die Armutgefährdung besonders von Alleinerzieherinnen und von Mehrkindfamilien hoch. Außerdem gebe es in Österreich eine höhere soziale Vererbbarkeit von Armut als in anderen Ländern.

Sybille Pirklbauer (AK Wien) verwies darauf, dass Österreich zwar hohe

Direktförderungen für Familien vorsehe, bei den Sachleistungen für Kinderbetreuung der Wert aber wesentlich niedriger liege. Auch die Steuerreform 2009 habe grundsätzlich an dieser Struktur nichts geändert. Eine Förderung der Kinderbetreuung würde aber beschäftigungspolitisch positive Effekte haben und sich damit rasch für das Budget rechnen.

Christiane Rille-Pfeiffer (Öst. Institut für Familienforschung) sah das Thema Familienpolitik aufgrund des Geburtenrückgangs europaweit stärker in den Blickpunkt rücken. Themen seien die Qualität der Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die verstärkte Väterbeteiligung, das Ungleichgewicht zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit, das vor allem zu Ungunsten der Frauen gehe, und die Pflegeproblematik. Pflegeleistungen seien zu einem globalen Markt geworden, der vor allem Migrantinnen beschäftige.

In der Fragerunde der Abgeordneten an die Staatssekretärin und die ExpertInnen wurden vor allem Fragen von Kinderbetreuung und der Pflege angesprochen. **Abgeordnete Gabriele Binder-Maier (S)** erkundigte sich nach den Eckpunkten der Budgetpolitik im familienpolitischen Bereich. **Abgeordnete Angela Lueger (S)** sprach die qualifizierte Ausbildung von Kindergartenpädagoginnen und die Rolle der Unternehmen in der Kinderbetreuung an. **Abgeordnete Gisela Wurm (S)** interessierte sich dafür, wie man Kinderbetreuungseinrichtungen weiter zu fördern gedenke. **Abgeordnete Ridi Maria Steibl (V)** sah es als notwendig an, auf demographische Veränderungen mit neuen Angeboten in der Pflege zu reagieren. **Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (V)** begrüßte die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten, da Betreuung zu Hause immer noch wichtig sei.

Kritische Stimmen kamen von den Abgeordneten der Opposition. **Abgeordnete Anneliese Kitzmüller (F)** sah eine Valorisierung der Familienleistungen als dringend notwendig an. Der Bericht zeige eine Politik gegen die Interessen der Frauen, meinte sie und kündigte an, dass ihre Fraktion ihm deshalb nicht zustimmen werde. **Abgeordnete Daniela Musiol (G)** meinte, der Familienbericht sei eine taugliche Grundlage für weitere Entscheidungen, sie bezweifle aber, dass die Empfehlungen tatsächlich umgesetzt würden. Ein Problem der fehlenden Kinderbetreuungsplätzen sei die Kompetenzzersplitterung durch den Föderalismus. **Abgeordnete Tanja Windbüchler-Souschill (G)** thematisierte das Thema Gewalt in Familien, die in Österreich immer noch höher als in anderen Ländern sei. **Abgeordnete Ursula Haubner (B)** sah eine überproportionale Belastung von Mittelstandsfamilien und wollte wissen, wie man die nachhaltige Finanzierung des FLAV zu sichern gedenke. **Abgeordnete Martina Schenk (B)** verwies auf Medienberichte über überfüllte Kinder-Kriseninterventionszentren und fragte, ob ein Ausbau geplant sei. **Abgeordnete Edith Mühlberghuber (F)** sprach die Frage des Generationenvertrags an und meinte, nur durch niedrig qualifizierte Zuwanderer sei dieser nicht aufrecht zu erhalten.

Staatssekretärin Christine Marek bekräftigte in ihrer Antwort auf die Fragen der Abgeordneten, dass sich die nachhaltige Absicherung von Familienleistungen im Budget niederschlagen werde. An eine Neustrukturierung des FLAV könne erst nach der Gesamtkonsolidierung gedacht werden, meinte sie auf die Frage von **Abgeordneter Haubner**. Die Anstoßfinanzierung für Kinderbetreuungseinrichtungen werde weitergeführt, die Bundesländer erhalten weiterhin Geld, das sie zweckgebunden dafür einsetzen müssen. In Richtung von **Abgeordneter Mühlberghuber** meinte sie, der Generationenvertrag sei eine Querschnittmaterie, hier gehe es auch um Fragen der Sozialpolitik und der Beschäftigung. Mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei man aber auf dem richtigen Weg. **In der Ausbildung von KindergartenpädagogInnen habe man**

bundeseinheitliche Standards erreicht. Die Einbindung von Unternehmen sei ein wesentliches Anliegen, weshalb man einen Unternehmerfreibetrag für Investitionen in Kinderbetreuung eingeführt habe. Kriseninterventionszentren seien Sache der Länder, der Bund verhandle aber derzeit über das Kinder- und Jugendschutzgesetz, erfuhr Abgeordnete Schenk.

In einer weiteren ExpertInnenrunde betonte **Christiane Rille-Pfeiffer**, bei der Pflege gehe es um den richtigen Mix an Pflegeangeboten, die sich auch an lokalen Bedürfnissen orientieren müssten. Dieser Meinung schloss sich Martina Beham an, die weiters erläuterte, in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei Pflege und Kinderbetreuung müssten Unternehmen als dritte Säule einbezogen werden. Der Feminisierung von Pflegearbeit könne durch Professionalisierung und Aufstiegschancen in den Pflegeberufen entgegen gewirkt werden. **Alois Guger** meinte, es gebe bei der Familienpolitik eine Diskrepanz zwischen den Institutionen und der gesellschaftlichen Realität. Betriebe sollten stärker durch flexiblere Arbeitszeitmodelle auf die Bedürfnisse der Familien eingehen und so ihre Zeitbudgets entlasten. **Martina Pecher** schloss sich dem an und fügte hinzu, es fehlten hier noch Daten über den tatsächlichen Bedarf. **Sybille Pirklbauer** unterstrich, dass Investitionen in Kinderbetreuung sich rechnen, da sie Beschäftigung generieren. **Herbert Vonach** kritisierte eine Umverteilung von den Kinderreichen zu den Kinderlosen. Familien seien gesellschaftlich gesehen Nettozahler, das müsse geändert werden.

Der Bericht wurde mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen. Nur die Abgeordneten der Freiheitlichen verweigerten ihm ihre Zustimmung.

Opposition fordert gesetzliche Regelungen zugunsten von Familien

Weiters befasste sich der Ausschuss mit Entschließungsanträgen von FPÖ, BZÖ und Grünen, die sie vor allem unter dem Aspekt der Verbesserung der Situation der Familien eingebracht hatten.

Die Anträge der Grünen betreffend Anpassung der Regelungen zur SchülerInnenfreifahrt ([1205/A/E](#)), Einführung eines "Papamonats" ([1203/A/E](#)) **und Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuung** ([1198/A/E](#)) wurden mit S-V-Mehrheit vertagt.

Der Vorschlag des BZÖ, eine jährliche Valorisierung von Familienleistungen vorzunehmen ([298/A/E](#)) wurde mit S-V-Mehrheit vertagt. Ein weiterer Antrag des BZÖ, die Antrags- und Auszahlungsmodalitäten der Familienleistungen in Österreich zu vereinheitlichen ([509/A/E](#)), fand nur die Zustimmung der Oppositionsparteien und wurde damit abgelehnt.

Der Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Beibehaltung der 13. Familienbeihilfe ([1099/A/E](#)) wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP vertagt. Ebenso erging es den beiden F-Anträgen betreffend Vorlage eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird ([257/A/E](#) und [259/A/E](#)).
(Schluss)

Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der

Kinderbetreuung

Antrag der Abgeordneten Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen betreffend Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der Kinderbetreuung

Volltext/Dokumente

Beschreibung	Dateiformat 1	Dateiformat 2
Entschließungsantrag gescannt	 PDF-Image (137 KB)	
Entschließungsantrag elektronisch übermittelt	 PDF (104 KB)	 HTML (12 KB)

Kurzfassung

Ersteller	Datum	Nummer/Jahr
vom Pressedienst erstellt am 21.07.2010:		Nr. 630/2010

Personen/Organisationen

[Mag. Daniela Musiol](#): Antragsteller / Anfragsteller

Geschichte/Parlamentarisches Verfahren

Datum	Stand des parlamentarischen Verfahrens
07.07.2010	Einbringung (gem. § 26 (1) GOG)
07.07.2010	Übermittlung an Bundeskanzleramt
07.07.2010	Übermittlung an Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
07.07.2010	Übermittlung an Bundesministerium für Finanzen
07.07.2010	Übermittlung an Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
07.07.2010	Vorgesehen für Ausschuss: Familienausschuss
07.07.2010	Mitteilung des Einlangens (gem. § 23 (4) GOG) in der 72. Sitzung des Nationalrates
08.07.2010	Zuweisung (gem. § 75 (1) GOG) Familienausschuss in der 73. Sitzung des Nationalrates
14.09.2010	Auf Tagesordnung des Ausschusses Familienausschuss in der 7. Sitzung des Ausschusses
14.09.2010	Aussendung des Pressedienstes betreffend Familienausschuss (7. Sitzung des Ausschusses) Nr. 673/2010

http://www.parlament.gv.at/PG/PR/JAHR_2010/PK0673/PK0673.shtml

[Musiol: Vertagungspraxis von ÖVP und SPÖ schadet Familien](#)

Utl.: Regierung vertagt wichtige Anträge der Grünen =

Wien (OTS) - "Wie ernst es die Bundesregierung mit medialen Forderungen nimmt, hat sie uns heute wieder einmal im Ausschuss demonstriert: alle drei Anträge der Grünen auf Verlängerung weiterer Bundesmittel für den Ausbau der Kinderbetreuung, auf Einführung eines Papamonats und auf Änderungen in der SchülerInnenfreifahrt, die es Kindern ermöglichen würde auch zum getrennt lebenden Elternteil kostenlos zu fahren, wurden von ÖVP und SPÖ vertagt", kritisiert die Familiensprecherin der Grünen, Daniela Musiol. Wieder konnten sich SPÖ und ÖVP nicht zu einer Entscheidung durchringen. "Stattdessen folgen sie ihrer gewohnten und bequemen

Praxis, sämtliche Ideen der Opposition zu vertagen. Für Gespräche mit Sozialpartnern und Ländern hatte die Regierung nun schon mehrere Jahre Zeit. Jetzt müssen SPÖ und ÖVP diese Hinhaltetaktik endlich beenden", fordert Musiol.

Rückfragehinweis:

Die Grünen

Tel.: +43-1 40110-6697

<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[Binder-Maier: Österreichische Familienpolitik an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen](#)

Utl.: Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für Frauen und Männer wesentlichste familienpolitische Zielsetzung =

Wien (OTS/SK) - "Der 5. Österreichische Familienbericht bietet einen umfassenden Überblick über die familienpolitischen Maßnahmen des letzten Jahrzehnts und zeigt klar jene Bereiche auf, in welchen dringender Handlungsbedarf besteht", so die SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier am Dienstag anlässlich der parlamentarischen Beratungen des Familienberichts im Familienausschuss. "Vor allem das Ungleichgewicht zwischen finanziellen Leistungen und Sachleistungen in der österreichischen Familienförderung ist verbesserungswürdig. Die Einführung des verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres für alle 5-Jährigen - eine langjährige Forderung der SPÖ - war ein großer Schritt in die richtige Richtung. Schließlich sollen alle Kinder gleiche Startchancen haben. Was wir aber weiterhin dringend brauchen, sind flächendeckende Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren", bekräftigte Binder-Maier. ****

Gerade die Fortsetzung des Ausbaus der Betreuungsangebote stellt für Binder-Maier einen zentralen Punkt dar, bestätigt doch auch der österreichische Familienbericht, dass der Wunsch nach Familie unverändert ist, sich allerdings die Formen des Zusammenlebens in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt haben. "Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Frauen selbstbestimmt und selbständig leben können, ist eine flexible, qualitativ hochwertige und leistbare Kinderbetreuung", ist Binder-Maier überzeugt und betont, dass auch in Zeiten der Budgetkonsolidierung der Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren fortgesetzt werden müsse. "Hier ist Österreich bedauerlicherweise noch immer im Rückstand. Bei wichtigen Maßnahmen hinkt Österreich modernen familienpolitischen Zielen leider noch immer hinterher. Das Barcelona-Ziel ist ebenso wenig erreicht wie eine adäquate Beteiligung der Väter an der Familienarbeit. Investitionen in Sachleistungen wären deshalb jetzt die richtigen nächsten Schritte",

so Binder-Maier abschließend. (Schluss) tg/mp

Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien,
Tel.: 01/53427-275

<http://www.spoe.at/online/page.php?P=100493>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/199/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Nikolaus Prinz: 5. Familienbericht gewährt wertvolle Einblicke in Institution Familie

Utl.: Ausgaben für familienpolitische Maßnahmen sind richtig und notwendig =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - Die Lebensrealitäten von Familien ändern sich ständig. Was aber bei notwendigen Änderungen in Form familienpolitischer Maßnahmen gleich bleibt, ist, dass das Wohl des Kindes im Mittelpunkt aller Entscheidungen zu stehen hat. Mit dem 5. Österreichischen Familienbericht liegt dem Familienausschuss eine umfassende Analyse der letzten zehn Jahre vor, die die Notwendigkeit und Richtigkeit der Unterstützungsmaßnahmen unterstreicht.

"Finanzielle Sicherheit für Familien und Wahlfreiheit jedes einzelnen Familienmitgliedes sind Basis für Entscheidungen in unserer Familienpolitik", betonte heute, Dienstag, der ÖVP-Abgeordnete im Familienausschuss Nikolaus Prinz. ****

Die Ausgaben für familienpolitische Maßnahmen, die drittgrößte Ausgabenkategorie nach Aufwendungen für Alter und Gesundheit, haben zu einer finanziellen Besserstellung von Familien geführt. "Denn Familien mit mehreren Kindern und nur einem Erwerbseinkommen spüren Teuerungen am heftigsten", gibt Prinz zu Bedenken.

Im Europäischen Vergleich liegt Österreich, sowohl was die monetären Familien- als auch die Sachleistungen betrifft, im Spitzenfeld. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes und den folgenden Adaptierungen aber auch Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung bzw. deren Kosten wurden in den letzten zehn Jahren Meilensteine für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt.

Der Familienbericht gibt aber auch zukunftsweisende Aufschlüsse über die Entwicklung der Familien. "Insbesondere, was das Zusammenwirken der Generationen betrifft, steht die Familienpolitik vor großen Herausforderungen", verweist Nikolaus Prinz auf den Umstand, dass "wir alle Gott sei Dank immer älter werden, die Jungen aber immer länger in Ausbildung sind. Damit droht dem Generationenvertrag eine Schiefelage, die uns vor allem auch im Pflegebereich zu neuen Maßnahmen zwingt." Für die Gesellschaft ist die Betreuungsleistung der Großeltern für ihre Enkelkinder ein wertvolles Gut. Ebenso aber braucht es Verbesserungen, wenn Kinder ihre Eltern im familiären Kontext betreuen möchten.

(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Tel.: 01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Ridi Steibl: Der aktuelle Familienbericht zeigt - es hat sich viel getan!

Utl.: ÖVP-Familiensprecherin: Österreich bei Familienleistungen im
Spitzenfeld =

Wien (OTS/ÖVP-PK) - "Familie und Kinder" bzw. "Partnerschaft" stehen nach wie vor an erster Stelle der als besonders wichtig erachteten Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher. Dem trägt auch Österreichs Familienpolitik Rechnung. Das Familienministerium hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Familien in Österreich nachhaltig zu unterstützen. Entscheidende Erfolge konnten bei der finanziellen Gerechtigkeit für Familien, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie beim besseren Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich erzielt werden. Im europäischen Vergleich liegt Österreich mit seinen hohen monetären Familienleistungen und den umfangreichen Leistungen im Sachbereich im Spitzenfeld. Das sagte ÖVP-Familiensprecherin Abg. Ridi Steibl heute, Dienstag, anlässlich der Sitzung des Familienausschusses, der den Familienbericht 1999 bis 2009 diskutiert. ****

"Der Familienbericht zeigt, dass sich in diesem Jahrzehnt viel getan hat - in der Familienpolitik und auch in den Familien selbst. Familie zeigt sich heute als buntes, vielfältiges Bild - als Klein- und Großfamilien, gemeinsame oder getrennte Haushalte, Alleinerziehende und Patchworkfamilien. Und genau auf diese Vielfalt gilt es in der Familienpolitik einzugehen", so Steibl.

Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2002 sei ein entscheidender Paradigmenwechsel vollzogen worden: "Erstmals wurde der Betreuungsaufwand für Kleinkinder - unabhängig von zuvor von den Eltern erworbenen Versicherungszeiten - zumindest teilweise abgegolten. Mit der Novelle im Jahr 2009 wurde das Kinderbetreuungsgeld um eine weitere Pauschalvariante (zwölf plus zwei Monate bei einem Bezug von 1.000 Euro) und eine einkommensabhängige Variante (80 Prozent der Letzteinkünfte bis maximal 2.000 Euro für zwölf plus zwei Monate) erweitert", freut sich Steibl, dass sich auch immer mehr Väter an der Kinderbetreuung beteiligen. "Die Väterbeteiligung läuft durch die jüngst gesetzten Maßnahmen gut an."

Weiters sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Thema der österreichischen Familienpolitik. Hier gelte es, vor allem Rahmenbedingungen wie qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen. Mit der mit 1. Jänner 2009 eingeführten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und den Initiativen der vergangenen Jahre zum Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots seien entscheidende Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen. Auch die verschiedenen Formen der Teilzeitarbeit seien ein Schlüssel, wie Frauen trotz ihrer mütterlichen Aufgaben im Betrieb weiter arbeiten können. Die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden Kindergartenbetreuung für fünfjährige Kinder verbessere zudem nicht nur die Vereinbarkeit, sondern entlastet die Familien auch finanziell, so die ÖVP-Abgeordnete weiter.

Steibl verwies abschließend zudem darauf, dass 2011 das Jahr der Ehrenamtlichkeit sei und regte an, dieses zu nützen, um die Familienarbeit ins rechte Licht zu rücken.
(Schluss)

Rückfragehinweis:

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Tel.: 01/40110/4436

<http://www.oevpklub.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/169/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Familienbericht: "Es fehlt der rote Faden" - Leiter des "Instituts für Ehe und Familie", Danhel vermisst u.a. "echten Familienleistungsausgleich", Berücksichtigung des generativen Beitrags zum Generationenvertrag und des steuerfreien Existenzminimums für alle Familienmitglieder

Wien (KAP) Kritik am aktuellen 5. Österreichischen Familienbericht (1999 bis 2009) hat der Direktor des Wiener "Instituts für Ehe und Familie" (IEF), Günter Danhel, am Mittwoch geäußert. Der Bericht sei zwar umfangreich, es fehle jedoch ein inhaltlicher "roter Faden", so Danhel in einer Stellungnahme gegenüber "Kathpress". "Wichtige familienpolitische Gesichtspunkte bleiben unausgeführt oder fehlen gänzlich, etwa die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem echten Familienleistungsausgleich", erklärte der IEF-Direktor.

Weiters fehlen im Bericht laut Danhel eine Berücksichtigung des generativen

Beitrags zum Generationenvertrag bzw. zur gesetzlichen Pensionsversicherung, des steuerfreien Existenzminimums für alle Familienmitglieder im Steuerrecht und der Entwurf eines neuen Arbeitsbegriffs, der auch die in und durch Familien erbrachten Arbeitsleistungen beachtet.

Ebenso unberücksichtigt blieben eine generationenübergreifende Verteilungsgerechtigkeit, die Aufwertung der Familien als "Subjekte der Familienpolitik", eine Konsolidierung des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF), die Einführung einer "Generationenverträglichkeitsprüfung" sowie das "Erfordernis einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik", so Danhel.

Marek: Absicherung von Familienleistungen im Budget

Anlass der Wortmeldung war die gestrige Sitzung des Familienausschusses im Parlament. Auf der Basis des Familienberichts wurde dabei über die zukünftige Richtung der Familienpolitik diskutiert. Im Zuge der Sitzung wurde das Papier mit Stimmenmehrheit zur Kenntnis genommen; nur die Abgeordneten der FPÖ verweigerten die Zustimmung.

Im Zuge der Diskussion bekräftigte Familienstaatssekretärin Christine Marek, dass sich die nachhaltige Absicherung von Familienleistungen im Budget niederschlagen werde. An eine Neustrukturierung des Familienlastenausgleichsfonds könne erst nach der Gesamtkonsolidierung gedacht werden.

Die Staatssekretärin entnahm dem Familienbericht Erfolge bei der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf z.B. durch das Kinderbetreuungsgeld, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und die 13. Familienbeihilfe. Noch nicht am Ziel sei man bei den Kinderbetreuungseinrichtungen, vor allem bei der Betreuung der Unter-Dreijährigen, so die Staatssekretärin. Auch eine Steigerung der Geburtenrate sei noch nicht erreicht worden.

Experte: Hohe soziale Vererbbarkeit von Armut

Alois Guger vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung bewertete die Verteilungseffekte der österreichischen Familienpolitik als "sehr ausgeprägt": Alle direkten und indirekten Familienausgaben würden zusammen etwa 19 Prozent aller Sozialausgaben ausmachen. Familienpolitik habe damit einen hohen vertikalen Umverteilungseffekt und sei ein wesentlicher Faktor der Armutsbekämpfung, so Guger. Trotzdem sei die Armutsgefährdung besonders von Alleinerzieherinnen und Mehrkindfamilien hoch. Außerdem gebe es in Österreich eine höhere soziale Vererbbarkeit von Armut als in anderen Ländern.

In Österreich gebe es eine starke Umverteilung durch Sozialleistungen für Familien, die durchschnittliche Kinderzahl sei aber unverändert geblieben, hob Rainer Münz von der "Erste Group Bank AG" hervor. Transferleistungen und Kinderzahl würden demnach nicht miteinander korrelieren. Hingegen wiesen Länder mit einer höheren Zahl erwerbstätiger Frauen eine höhere durchschnittliche Kinderzahl pro Frau auf.

Weiterer Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

Sybille Pirklbauer von der Arbeiterkammer Wien verwies darauf, dass Österreich zwar hohe Direktförderungen für Familien vorsehe, bei den Sachleistungen für Kinderbetreuung der Wert aber wesentlich niedriger liege. Auch die Steuerreform 2009 habe grundsätzlich an dieser Struktur nichts geändert, so Pirklbauer. Eine Förderung der Kinderbetreuung würde aber beschäftigungspolitisch positive Effekte haben und sich damit rasch für das Budget rechnen.

Winfried Moser vom Österreichischen Institut für Kinderrechte und Elternbildung meinte, dass der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen weitergehen müsse: Nach wie vor fehlten 45.000 Kinderbetreuungsplätze. Kindergärten entwickelten sich immer mehr zu wichtigen Bildungsinstitutionen zur Herstellung von Chancengleichheit.

Einseitigkeit attestierte dem Familienbericht Herbert Vonach vom Freiheitlicher Familienverband Österreich, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur am Modell der Vollzeitbeschäftigung und eines möglichst raschen Wiedereinstiegs von Müttern ins Berufsleben gemessen werde. Eine Mehrheit der Frauen würde sich aber ein Modell der Kinderpausen wünschen.

Christiane Rille-Pfeiffer vom Österreichischen Institut für Familienforschung sah das Thema Familienpolitik aufgrund des Geburtenrückgangs generell europaweit stärker in den Blickpunkt rücken.

<http://www.kathweb.at/content/site/nachrichten/database/34654.html>

Caritas und Diakonie unterstützen "Machen wir uns stark"- Kundgebung - Jetzt in Kinder und Bildung investieren!

**Machen wir uns stark. 18. September 2010.
Willenskundgebung, Manifestation, Konzert vorm
Wienere Heldenplatz
Beginn: 18 Uhr, Heldentor.**

FÜR:

einen **radikalen Kurswechsel in der Asyl- und Fremdenpolitik**. Als ersten Schritt: ein Ressort für Diversität und Integration. Damit das Zusammenleben keine Polizeisache mehr ist.

eine **mutige Bildungspolitik**, die die Vielfalt der Menschen anerkennt. Als ersten Schritt: eine kräftige Erhöhung des Bildungsbudgets und eine Schule, die nicht ausgrenzt. Damit das Potential, das in unseren Kindern steckt, sich voll entfalten kann.

eine **gerechtere Verteilung des Wohlstands und Jobs**, von denen wir leben können. Als ersten Schritt: Investitionen in Zukunftssektoren wie Kinderbetreuung, Pflege und soziale Dienstleistungen. Damit wir niemanden zurücklassen.

das **entschlossene Eintreten für eine demokratische Öffentlichkeit**. Als ersten

Schritt: die Beseitigung aller rechtlichen und informellen Barrieren beim Zugang zu Politik, Medien, Wirtschaft und Kultur. Damit alle sich Gehör verschaffen und ihre Anliegen einbringen können.

Vien (OTS) - Caritas und Diakonie machen sich für bessere Bildungschancen benachteiligter Kinder stark. Anlässlich der Kundgebung "Machen wir uns stark", 18. September 2010 in Wien fordern Caritasdirektor Michael Landau und Diakonie-Direktor Michael Chalupka massive Investitionen in Kinder und Bildung. "Bildung zahlt sich aus - individuell und für die gesamte Gesellschaft. Wir können uns die Zukunft nicht ersparen", so Chalupka und Landau.

"Wenn die Viertklässler jetzt ihr Schuljahr antreten, ahnen sie nicht, dass sie einer Auslese unterzogen wurden. Höhere Bildung werden nicht jene Kinder erhalten, die am gescheitesten sind, sondern jene, deren Eltern den besten sozialen Status haben. Welche Träume Kinder später verwirklichen können, hängt immer noch vom sozialen Status der Eltern ab", bedauert Chalupka.

Diakonie und Caritas fordern daher dringend auf, das Schulsystem zu einem inklusiven umzugestalten. Ein gerechtes Schulsystem muss allen Kindern faire Chancen eröffnen, egal ob mit oder ohne Behinderungen, ob hoch- oder schulisch gesehen weniger begabt, egal aus welchem Elternhaus. So wie sich die Pädagogik ständig weiter entwickelt hat, müssen sich auch LehrerInnenausbildung, Unterrichtsformen, Schulverwaltung und Schularchitektur den neuesten Erkenntnissen und Anforderungen moderner Bildungssysteme anpassen.

Landau dazu: "Wir brauchen endlich ein faires Bildungssystem, das Talente nicht vergeudet und lernschwache Schülerinnen und Schüler nicht aussortiert, sondern das allen hilft, ihre Begabungen zu entfalten. Wer immer noch behauptet, Österreich könne sich das nicht leisten, möge sich die Folgekosten selektiver Bildung vor Augen halten, die sich dem Staat später durch geringere Steuereinnahmen und höhere Sozialkosten eröffnen. Gerade jetzt, in wirtschaftlich angespannten Zeiten, müssen wir in Zukunftssektoren wie Kinder, Bildung und soziale Dienstleistungen investieren. Damit wir alle auf die Bildungsreise mitnehmen und niemanden zurücklassen."

Bei einer gelungenen Bildungsreform handelt es sich um eine langfristige Investition, mit der gesellschaftliche Folgekosten mangelnder Ausbildung vermieden und die Wirtschaft gestärkt werden. Österreich hat sich weiters mit der Unterzeichnung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dazu verpflichtet, ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten. Doch die Fortführung der in den 1980er Jahren begonnenen schulischen Integration ist weitgehend zum Stillstand gekommen.

Für Caritas und Diakonie ist die Investition in ein gerechteres Bildungssystem auch deshalb so wichtig, weil sie direkt zur Armutsbekämpfung beiträgt. Denn in Österreich werden überproportional viele arme Kinder einmal arme Eltern.

Landau und Chalupka unterstützen daher den Kundgebungsaufruf am 18. September: "Eine mutige Bildungspolitik, die die Vielfalt der Menschen anerkennt. Als ersten Schritt: eine kräftige Erhöhung des Bildungsbudgets und eine Schule, die nicht ausgrenzt. Damit das Potential, das in unseren Kindern steckt, sich voll entfalten kann."

Rückfragehinweis:

Mag. Bettina Klinger
Leitung Kommunikation Diakonie Österreich
Tel: 01/409 80 01-14 oder 0664/314 93 95
E-Mail: bettina.klinger@diakonie.at

Mag. Ruth Schöffl
Presse Caritas der Erzdiözese Wien
Tel.: 01/878 12-222 oder 0664/848 26 17
E-Mail: ruth.schoeffl@caritas-wien.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - [WWW.OTS.AT](http://www.ots.at) ***

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100915_OTS0156/caritas-und-diakonie-unterstuetzen-machen-wir-uns-stark-kundgebung

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns - danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.